1. **Die Bundesagentur für Arbeit (BA) gibt der Wirtschaft erhebliche Mitschuld am Entstehen eines Fachkräftemangels**
   Wie FOCUS berichtet, heißt es in einer internen Analyse der BA: „Bei der Personalplanung haben viele Unternehmen in den vergangenen Jahren nicht ausreichend mittel- oder langfristig gearbeitet." Sowohl die Ausbildung als auch die Weiterbildung seien „in den vergangenen Jahren mit deutlichem Überangebot an Arbeitskräften nicht auf den aktuellen Bedarf ausgerichtet" worden.
   Quelle: Focus Online
2. **Nacht- und Wochenendarbeit im europäischen Vergleich**
   Unübliche Arbeitszeiten sind in Europa weit verbreitet, auch wenn die tatsächliche Verteilung über die Länder hinweg stark variiert. Europaweit arbeiten in 49 Prozent aller Betriebe mindestens 20 Prozent der Belegschaft in mindestens einer Arbeitszeitform wie Nacht- und Wochenendarbeit oder wechselnden Arbeitszeiten. Schweden, Großbritannien und Finnland weisen alles in allem den stärksten Anteil an Betrieben mit unüblichen Arbeitszeiten auf – Deutschland teilt sich in diesem Ranking zusammen mit Frankreich den vierten Platz.
   Für jedwede Arbeitszeitform ist festzustellen, dass die auf Managerseite wahrgenommenen Probleme mit der Motivation, der Fluktuation und der Abwesenheit der Mitarbeiter mit dem Anteil der unüblichen Arbeitszeit steigt. Die Ergebnisse zeigen deutlich und widerspruchsfrei, dass Gleitzeit oder andere, weiter fortgeschrittene flexible Arbeitszeitregelungen (wie Jahresarbeitszeiten), die mit unüblichen Arbeitszeiten verbundenen negativen Effekte nicht kompensieren können.
   Quelle: IAQ-Report [PDF – 176 KB]
3. **Niedriglöhne: Trend an den ungeschützten Rand des Arbeitsmarktes**
   Die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland konzentriert sich zunehmend auf kleinere Betriebe mit geringer Tarifbindung und ohne Betriebsrat. Während der Anteil von Niedriglöhnen in der Gesamtwirtschaft zunimmt, ist in Groß- und Mittelbetrieben der Anteil von Niedriglöhnen sogar rückläufig. Das zeigen aktuelle Untersuchungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen zur Entwicklung von Niedriglöhnen
   Die Abnahme ist vor allem Folge der Auslagerung bestimmter Tätigkeiten, wie zum Beispiel der Gebäudereinigung, aus dem Kerngeschäft der Unternehmen. So sank der Niedriglohnanteil in Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten von 4,5 Prozent im Jahr 1980 auf 3,2 Prozent 2003. In Kleinbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten nahm er in diesem Zeitraum von 33,6 Prozent auf 36,4 Prozent zu.
   „Niedriglohnbeschäftigung wandert in Betriebe ohne Betriebsräte und Tarifbindung. In diesen mitbestimmungsfreien Zonen kann man die Löhne richtig drücken" stellt Prof. Dr. Gerhard Bosch, Direktor des IAQ, fest.

Quelle: IAQ Pressemitteilung

4. **Der geschasste West-LB-Chef bekommt 5 Millionen Euro Abfindung**
   Fischer bekommt nach Informationen des „Tagesspiegels“ eine Abfindung von rund fünf Millionen Euro. Grund für die Summe sei die Auffassung des Aufsichtsrats, dass man Fischer juristisch kaum einen gravierenden Fehler nachweisen könne, berichtete das Blatt unter Berufung auf einen Eigentümervertreter, der die Restlaufzeit von Fischers Vertrag auf anderthalb Jahre bezifferte.
   Quelle: Focus Online

   Anmerkung: *So großzügig geht man in den Chefetagen mit jemand um, der zu verantworten hat, dass hunderte von Millionen Euro in den Teich gesetzt wurden und die West-LB nunmehr zum Übernahmekandidaten wurde.*

5. **Sponsoringbericht veröffentlicht**
   Das Bundesinnenministerium hat den zweiten Zweijahresbericht über “Sponsoringleistungen an die Bundesverwaltung” veröffentlicht – nachdem dieser bereits in den Medien aufgetaucht war.
   Quelle: LobbyControl
6. **Böckler Themen: Finanzinvestoren**
   Quelle: Hans-Böckler-Stiftung
7. **Negative Einkommensteuer enttäuscht in der Praxis**
   Haushalte mit geringen Arbeitseinkommen erhalten in Großbritannien eine Steuergutschrift, die entweder ihre Steuerlast reduziert bzw. bei noch tieferen Einkommen zu einer Barauszahlung führt. Bürokratische Desaster haben die Steuergutschriften jedoch in Misskredit gebracht. Leute, die eigentlich Stabilität und Planungssicherheit wollten, fanden sich plötzlich in einem System mit stark schwankenden Beträgen und Rückzahlungsverpflichtungen, falls die ursprüngliche Einschätzung zu hoch gewesen war. Durch eine Politik, die eigentlich dazu bestimmt war, ihnen aus der Armutsfalle herauszuhelfen, wurden viele zu Schuldnern. Damit geriet das System wegen der bürokratischen Mängel trotz den positiven Wirkungen in Verruf.
   Quelle: NZZ Online
8. **„Die Soli-Sauerei“: Der Solidarpakt der Bild-Zeitung mit dem Steuerzahlerbund**
   Wenn “der Osten” laut Solidarpakt II 156,5 Milliarden braucht, “wir” aber 189,1 Milliarden an Solidaritätszuschlag zahlen, dann zahlen “wir” über 32 Milliarden mehr, als “der Osten” braucht. Oder auch “32 Milliarden Euro zu viel”, wie “Bild” schreibt. Die Verdummung besteht allerdings darin, dass anders als “Bild” und der BdSt-

Präsident den Eindruck erwecken wollen, Solidaritätszuschlag und Solidarpakt II nichts miteinander zu tun haben.
Quelle: Bildblog

9. **Quark wird 40 Prozent teurer**
Einen solchen Preisruck hat es bei Milchprodukten noch nie gegeben: In der kommenden Woche wird alles teurer – die Butter erreicht ein 20-Jahres-Preishoch. Die Preise für Milchprodukte werden in der kommenden Woche um bis zu 50 Prozent steigen. Darauf weist die Zentrale Markt- und Preisberichtstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (ZMP) hin, die sich auf die Marktbeobachtung der Branche konzentriert. „Es wird einen Preisruck geben, wie ihn Deutschland noch nicht erlebt hat“, sagte Erhard Richarts von der ZMP.
Quelle: SZ

Anmerkung: *Jetzt nehmen uns die Asiaten nicht nur die Arbeitsplätze weg, sondern sie essen auch noch unseren Quark. Dabei weiß doch eigentlich jeder, der schon mal in Asien war, das dort eine weit verbreitete Laktoseintoleranz eines Großteils der Bevölkerung besteht. Ich befürchte, hinter der angeblich hohen Nachfrage aus Asien steckt eher eine faule Ausrede der Milchkonzerne, die endlich auch einmal einen ordentlichen Preisschub mitmachen wollen.*
Werden eigentlich in Europa die Milchquoten nicht noch mit Milliarden subventioniert?

10. **Englands private Bahnen vergraulen Fahrgäste**
“Im Nachhinein wissen wir, dass die Trennung von Schiene und Zug falsch war. Die Separierung hat die Kosten der Instandhaltung in die Höhe getrieben – und damit auch die Fahrpreise – und Investitionen weiter verzögert”, gibt Tory-Politiker Chris Grayling heute zu. Die Privatisierung hat zu chaotischen Verhältnissen bei den Preisen gesorgt, da alle Betreiber unterschiedliche Rabattsysteme nutzen. Für englische Züge muss man tief in die Tasche greifen. Das Standardticket London-Manchester kostet rund 150 Euro. Für eine einfache Fahrt.
Quelle: Berliner Zeitung
11. **Dinosauriertechnologie Atomkraft**
Jürgen Rochlitz, Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit im Interview: Wer weiter auf die Dinosauriertechnologie Atomkraft setzt, wer weiter in diese Dinosauriertechnik und die zugehörige Forschung investiert, verhindert – wie auch schon in der Vergangenheit – damit die Weiterentwicklung von Alternativen der Energiegewinnung. Sei es die Weiterentwicklung der bereits konventionellen alternativen Energien wie Windkraft, Gezeitenkraftwerke, Geothermik und Solarstrom

aus Photovoltaik. Sei es die Entwicklung von hochinteressanten Solarzellen auf der Basis von organischen Farbstoffen.
Quelle: junge Welt

12. **Walter Schmitt Glaeser: Die Sozialpolitik seit den siebziger Jahren ist verfassungswidrig**
Immer stärker strebt der Staat mit seinen Steuer- und Abgabegesetzen danach, die Ergebnisse der marktwirtschaftlichen Ordnung zu korrigieren. Der Sozialpolitik in Form einer umfassenden Gesellschaftspolitik geht es aber um mehr als um die Korrektur der marktwirtschaftlichen Ordnung nach politischen Maßstäben. Es geht um die rigorose Gleichstellung des Menschen, um seine Gleichschaltung.
Quelle: FAZ

Anmerkung: *Wieder einmal hat die FAZ ein liberales Fossil ausgegraben, dass entgegen aller Realität der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich gegen den Popanz anrennt, der Sozialstaat wolle Gleichheit, ja sogar Gleichschaltung herstellen. Mit solchen Beiträgen stärkt die FAZ ihr Renommee als neoliberales Kampfblatt.*

13. **ARD-Sommerinterview mit Linksparteichef Oskar Lafontaine**
Quelle: ARD Bericht aus Berlin

Anmerkung: *Vergleichen Sie doch einmal den Ton der Interviewer mit demjenigen der anderen Sommerinterviews. Es wäre ja herrlich, wenn die ARD die anderen Interviewpartner genauso kritisch-aggressiv angingen.*

14. **EU-Parlamentspräsident Pöttering: Der neue EU-Vertrag bewahre die alte Verfassung**
Der neue EU-Vertrag sei dazu bestimmt, die „Fortschritte“ des alten Verfassungsvertrages zu bewahren, welche direkt darzustellen man nicht mehr gewagt habe.
Quelle: Daily Telegraph

Anmerkung: *In GB hat diese Meldung für ziemlichen Wirbel gesorgt. Bei uns denkt man wohl genauso wie der EU-Parlamentspräsident, der ja als Vertrauter der Kanzlerin gilt.*
Pöttering bestätigt, was Christine Wicht vor wenigen Tagen auf den NachDenkSeiten mühselig aus dem Vertragslabyrinth herausarbeiten musste.

15. **Torsten Bultman: Hochschulreformen als “Privilegierungsprogramm für**

ohnehin Begünstigte"
Hinter dem Schlagwort von der "Ökonomisierung der Hochschulen", welches die Hochschulrektorenkonferenz sogar positiv unter dem Label "Hochschule und Wirtschaft" angenommen hat, verbirgt sich zweierlei. Erstens ein interner Umbau nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien, die folglich weder akademisch-fachlich ausgewiesen sein müssen noch demokratisch verhandelbar sind. Zweitens eine Ausrichtung der Ressourcen nach dem externen Erfolgskriterium "Steigerung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit". Alles, was dem unmittelbar nicht dient, wird tendenziell weggespart oder an den Rand gedrückt. Dies hat zugleich ein instrumentelles Wissenschaftsverständnis gefördert, welches in den Natur- und Technikwissenschaften vermutlich immer das vorherrschende war: Wissenschaft als ein politisch neutraler technischer Produktivitätsfaktor zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit".
Quelle: Telepolis

16. **Burn-out bei Studierenden nimmt zu**
Immer mehr Studierende leiden unter dem für Manager typischen Burn-out-Syndrom wie Depressionen, Angstattacken, Versagensängsten, Schlafstörungen oder Magenkrämpfen. Das berichtet das Deutsche Studentenwerk (DSW) in der jüngsten Ausgabe seines "DSW-Journal". In den Psychologischen Beratungsstellen der Studentenwerke würden sich verstärkt Studierende mit solchen Beschwerden melden, heißt es in dem Beitrag. DSW-Präsident Prof. Dr. Rolf Dobischat spricht von einer "Besorgnis erregenden Entwicklung". Er sagte: "Die Studierenden stehen unter immer stärkerem Erwartungs-, Leistungs- und vor allem Zeitdruck. Die vielen laufenden Hochschulreformen dürfen aber nicht dazu führen, dass ein Studium krank macht." Dobischat appellierte an die Hochschulen, insbesondere die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge nicht zu überfrachten. Gemäß der jüngsten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks hat jeder siebte Studierende Beratungsbedarf zu depressiven Verstimmungen sowie zu Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten; jeder siebte Studierende will sich zu Prüfungsängsten beraten lassen.
Quelle: idw

17. **Abgeschreckt vom Beruf des Ingenieurs**
Der Mangel an Ingenieuren ist von den deutschen Unternehmen mitverursacht. Forschungsergebnisse der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) belegen das. Bei den Anfängerzahlen der Ingenieurstudierenden gab es immer schon Zyklen, aber zu Beginn der 90er Jahre brachen die Zahlen regelrecht ein. Der Zusammenhang zwischen Nachwuchsmangel und beruflicher Unsicherheit, vor allem der Arbeitslosigkeit älterer Ingenieure, ist frappierend; der Einfluss der Arbeitsmarktlage und der personalwirtschaftlichen Managementstrategien auf die Studienerwartungen,

die Berufs- und Lebensziele sowie zugehörige Motive und die Studierwahrscheinlichkeit offensichtlich.
Quelle: FR